

DAS SCHLECHTESTE

HONNEF

Was schon länger zu befürchten war, ist nun eingetreten:
Das Bundesfamilienministerium hat in aller Eile zu den drei Ge-
setzentwürfen der im Bundestag vertretenen Parteien nun einen
eigenen Entwurf zur Ausbildungsförderung vorgelegt.

Er ist erst teilweise veröffentlicht worden, d.h. den Bildungs-
instituten zugänglich gemacht und den Ländern, Studentenwerk
(DSW), der Westdeutschen Rektorenkonferenz, dem Bundesstudenten-
ring und VDS zur Stellungnahme vorgelegt worden.

Alle bisherigen Förderungsmodelle verstoßen gegen das Verfassungs-
prinzip des sozialen Rechtsstaats, nämlich einer familienunabhän-
gigen kostendeckenden und alle Ausbildungswege umfassenden För-
derung.

Der jetzt vorgelegte Referentenentwurf wird nicht nur nicht
diesem Verfassungsprinzip gerecht, sondern bringt noch wesentli-
che Verschlechterungen der bisher schon unzureichenden Förderungs-
konzeption (Honnef) mit sich.

- Man hält so an der subsidiären Familienideologie nicht nur
fest, sondern ^{ndern} zwingt die Familie sogar einen höheren Beitrag zur
Ausbildung ihrer Kinder zu leisten, indem man die anzurechnen-
de Einkommensfreibeträge erheblich senkt.
- Die Einschränkung der Stipendien und die entsprechende Verla-
gerung auf Darlehen führt zu einer sozial nicht zu verantworten-
den Verschuldung der Auszubildenden.
- Die Übertragung der Verwaltung und Entscheidungsbefugnis an
eine hochschulfremde Behörde (Arbeitsamt am Hauptwohnsitz) ver-
hindert die Mitbestimmung der Betroffenen. Zu der fachlichen
soll zusätzlich eine persönliche Eignung hinzukommen.

bitte wenden!

Die gesetzliche Fixierung der Förderungsbeträge führt nicht zu einer dynamischen Sozialpolitik wie sie z.B. durch das Renten-anpassungsgesetz verwirklicht worden ist.

Abgesehen davon, daß dieser Entwurf kein familienunabhängige Förderung beinhaltet, diskriminiert er in elitärer Weise die sozial schwachen Schichten, denn aufgrund der niedrigen Einkommensfreibeträge wird ein großer Teil der Arbeitnehmer nicht berücksichtigt. Zudem wird diese Schicht verstärkt am Zugang zum Studium durch zusätzliche Ausleseverfahren gehindert.

Angesichts dieser existenziellen Bedrohung und der Verfassungs-mißachtung dürfen wir uns nicht auf formale Protest beschränken, sondern durch geeignete Maßnahmen die Verabschiedung dieses Entwurfs zu verhindern suchen.

Allgemeiner Studentenausschuß

gez. Dieter Herold

DAS ES JE GAB .